

## Zur Einführung

---

**W**issenschaft und Politik stehen in vielfacher, keineswegs leicht auf eine Formel zu reduzierender Relation zueinander. So kann etwa die mediale Berichterstattung über den Klimawandel und seine erfolgreiche Bekämpfung den Eindruck erwecken, es gebe insofern keine politische Gestaltungsfreiheit mehr, sondern angesichts der Erkenntnisse »der« Wissenschaft sei ein entsprechendes Maßnahmenpaket alternativlos von den Staaten umzusetzen. Während hier Wissenschaft die Politik zu ersetzen scheint, werden umgekehrt politische Entscheidungen auf nationaler wie supra- und internationaler Ebene, zum Beispiel im ökonomischen Bereich, von Fachwissenschaftlern nicht selten mit ungläubigem Kopfschütteln kommentiert. Existiert also, allgemeiner gefragt, ein Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik – und ist dieses Verhältnis auch und gerade dann besonders prekär und erklärungsbedürftig, wenn sich Politik demokratisch legitimiert, also die Mehrheit darüber entscheidet, in welchem Maß Ergebnisse der Forschung in der Gesetzgebung Berücksichtigung finden und die öffentliche Meinung den dahin führenden Prozeß massiv beeinflußt?

Die Bayerische Akademie der Wissenschaften hat sich bei den Planungen zu ihrem 250jährigen Jubiläum im Jahre 2009 dafür entschieden, diese bisher wenig thematisierte Problematik im Rahmen einer Tagung aus verschiedenen Perspektiven zu erörtern und das Verhältnis von Wissenschaft und Politik aus einer grundsätzlichen wissenschaftlichen Perspektive zu reflektieren. Gründe, dieses Verhältnis ein-

mal prinzipieller in systematischer und historischer Weise und unter Einbeziehung mehrerer Disziplinen anzugehen, gibt es genug. Wir interessieren uns vor allem für die strukturellen Bezüge: Stehen Wissenschaft und Politik strikt getrennt nebeneinander, nur ihrer jeweiligen systemischen Eigenlogik und Eigenrationalität gehorchend? Oder lassen sich wechselseitige Bezugnahmen und Einflußmöglichkeiten bis hin zur völligen Substitution des einen Systems durch das andere ausmachen? Gibt es gar ein harmonisches Miteinander im Sinne kooperativer Gemeinwohlerrealisierung? Natürlich kann und will der vorliegende Band nicht für sich in Anspruch nehmen, alle diese Fragen erschöpfend zu beantworten. Aber vielleicht kann er zu vertieftem Nachdenken über die Problematik anregen.

1. In der Sache heißt das, daß selbstverständlich Möglichkeiten und Grenzen der Politikberatung durch die Wissenschaft durchaus thematisiert werden, nämlich in der vierten Sektion: *Wissenschaft in der Politik*? Aber das geschieht nicht im Sinne einer konzeptionellen Optimierung von Politikberatung, sondern in beobachtender und analytischer Perspektive, um Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Risiken zu klären – auch und gerade unter Einbeziehung der langen historischen Tradition und der dort praktizierten Formen politischer Beratung, auf die selbst der absolute Fürst zurückgreifen mußte. Für die Gegenwart stellt sich insofern das zusätzliche Problem, welchen Stellenwert Rat und Räte, Enquete-Kommissionen und vergleichbare Gremien in einer demokratischen Staatsordnung einnehmen können und dürfen. Eine damit zusammenhängende kritische Frage könnte lauten, ob Wissenschaft hier möglicherweise zu einem reinen Zulieferer oder – schlimmer noch – zur reinen Legitimationsbeschaffungsinstanz wird. Das Gutachtenwesen ist da ein besonders heikler Punkt. Geraten Wissenschaftler heute vielleicht in die Gefahr, sich der wenig freundlichen Charakterisierung durch Bert Brecht anzuzähneln, nach welcher sie ein »Geschlecht erfinderischer Zwerge (sind), die für alles gemietet werden können«?

2. Davor findet der Leser zwei Sektionen, die – ebenfalls mit Fragezeichen versehen – »Wissenschaft statt Politik« und »Wissenschaft ohne Politik« überschrieben sind. Diese vielleicht etwas schematisch klingende Einteilung soll helfen, in sozusagen modellhafter Weise etwas mehr Klarheit über das Verhältnis zwischen diesen beiden Subsystemen unserer Gesellschaft zu gewinnen.

*Wissenschaft statt Politik* steht dabei für das Ideal der Vernunft, die politische Entscheidung allein auf rationale Wissenschaft zu gründen und damit politisches Kalkül, die Bevorzugung partikularer Interessen und emotional geprägtes Handeln auszuschließen. Das ist ein großes Thema der Aufklärung, das sich sowohl auf der Ebene der Institutionen mit ihren Staatsratskollegien hochgebildeter Beamter wie auch in

der Staatstheorie verfolgen läßt. Unter den Autoren jener Epoche gilt Condorcet, wie Henning Ottmann es formuliert hat, als »Vorläufer aller Sozialtechniker und Sozialingenieure«, für die Politik und Moral letztlich zu bloßen Anwendungsbereichen »einer an sich schon richtigen Theorie« werden. Und doch steht er nicht allein. An die Stelle eines Gewirrs unterschiedlicher und feindlich gesonnener Werte – oder gar Konfessionen – tritt die höhere Einsicht unbezweifelbarer wissenschaftlicher Wahrheit. Erneut in den 1960er Jahren verbanden sich solche Vorstellungen unter dem kritischen Stichwort »Sozialtechnokratie« exemplarisch mit dem Namen Schelskys, der alle parteipolitischen Konflikte gewissermaßen abgelöst sah durch die in sich fraglosen technischen Fortschritte der wissenschaftlichen Zivilisation. Der überwältigende Erfolg ideologie- und systemneutraler Technologiefortschritte erspare uns Debatten um bestimmte Weltanschauungen und Wertkonflikte – so die Vorstellung. Das laute Parteigezänk verstummt und wird durch die leise schnurrende wissenschaftlich-technische Evolution der sozialen Systeme ersetzt.

Aber auch wenn wir die mehr oder weniger vollständige *Ersetzung* der Politik durch die Wissenschaft nicht miträumen, stellen sich doch auf einer etwas weniger grundsätzlichen Ebene Fragen nach dem Rationalisierungspotential der Politik, wenn man etwa an die Stichworte Planung und Prognose denkt. Wie stark kann Wissenschaft hier realistischerweise wirken, was kann sie wirklich *bewirken*, auf welchen Wegen kann sie auf die Politik *einwirken*? Und ist die Politik eigentlich gezwungen, sich der wissenschaftlichen Wahrheit zu beugen? Darf das politisch-juristische Gesetz ökonomische Gesetze ignorieren? Daß es diese Ignoranz gibt, beklagen viele. Aber gibt es nicht bei jeder Anwendung eines ökonomischen Gesetzes Gewinner und Verlierer? Und kann man diese wie bei einer mathematischen Formel miteinander verrechnen? Außerdem ließe sich ganz grundsätzlich fragen, ob Politik eigentlich unter Rationalitätsgebot steht. Sollte man das bejahen, schlosse sich die Folgefrage an, ob das nicht etwas Enteignendes für die Demokraten und politisch Aktiven hätte, auf deren Wollen und Wirken es dann insoweit gar nicht mehr ankäme.

3. Schließlich, um sich der zweiten Sektion zuzuwenden: Soll die Wissenschaft eine solche Rolle der Wegweisung überhaupt übernehmen? Oder gehört es nicht zu ihrem Wesen, sich der Politik gegenüber so autark und autonom wie möglich zu verhalten, institutionell wie personell? Muß Wissenschaft nicht, wenn sie nicht sich selbst und ihren Beruf verfehlen will, politikabstinent bleiben? Ist *Wissenschaft ohne Politik* nicht die einzig denkbare und wertvolle Form?

Mit dem Postulat der Wertfreiheit der Wissenschaft hat der wirk- und wortmächtige Max Weber das entscheidende und lange nachhallende Stichwort gegeben – freilich eines, das oft genug mißverstanden und mißinterpretiert wurde. We-

gen seiner zentralen Rolle konzentrieren sich die Ausführungen zum Thema ganz auf ihn und seine Konzeption, die für Wertungen der Wissenschaftler wie der Politiker mehr Raum lassen als gemeinhin vermutet. Beispielsweise sind politische Voraussetzungen *der* Wissenschaft und politische Anstöße *für die* Wissenschaft mit dem Wertfreiheitspostulat natürlich nicht sogleich dementiert. Sie werden daher eingehend in einem Folgereferat diskutiert, desgleichen die oft behauptete, aber keineswegs selbstverständliche Politikfreiheit der naturwissenschaftlichen Forschung.

4. Bleibt unsere erste Sektion mit der viel erörterten Frage *Politik ohne Wissenschaft?* Sie verhält sich gewissermaßen spiegelbildlich zur zweiten. Gibt es wirkliche und echte Politik nur dort, wo Leidenschaft und Kampf, Entscheidung und Wille dominieren, wo es um Mehrheit und nicht um Wahrheit, um *voluntas* und nicht um *ratio* geht? Findet nicht erst in der Dezision das Politische zu sich selbst? Besteht das proprium des Politischen nicht gerade in der Abwesenheit wissenschaftlich rationaler Begründung und Konzeption? Ein konsequent auf die Spitze getriebener Dezisionismus sucht den Grund und die Legitimität einer politischen Entscheidung womöglich nur in sich selbst, nicht in irgendwelchen Wahrheitsansprüchen. Gibt es solche pointierten Politikmodelle? Ist politisches Handeln solcher Art in der politischen Wirklichkeit überhaupt möglich? Diese Fragen stehen am Anfang des vorliegenden Buches. Sie durchziehen wie ein roter Faden auch die folgenden Kapitel.